N I E D E R S C H R I F T

über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 20. Dezember 2013, 16:30 Uhr, im Sitzungssaal Barfüßerstraße 50, Erdgeschoss.

Anwesenheit:

SPD:	Backes, Büchner, Dehmel, Dinnebier, Dirmeier, Hesse, Hussein, Löwer, Lotz-Halilovic, Meyer, Dr. Musket, Rink, Seelig, Dr. Seemann, Sell, Severin, Simon, Weidemann, Dr. Wiegand, Wölk,
CDU:	Brunnet, Heck, Jannasch, Kaufmann, Kissel, Muth, Pfalz, Range, Röhrkohl, Schaffner, Scherer, Stötzel,
GRÜNE:	Dr. Baumann, Dorn, Flohrschütz, Göttling, Dr. Lindemann, Dr. Neuwohner, Nezi, Dr. Perabo, Seitz, Sollwedel, Dr. Therre-Staal, Volz,
Marburger Linke:	Adsan, Bauder-Wöhr, Köster-Sollwedel, Schalauske,
FDP:	Schartner, Selinka
MBL:	Becker, Dr. Uchtmann
BFM	Suntheim-Pichler,
Piratenpartei	

Hauptamtlicher Magistrat:

Oberbürgermeister Vaupel
Bürgermeister Dr. Kahle
Stadträtin Dr. Weinbach

Ehrenamtlicher Magistrat:

Stadtrat Biver,
Stadtrat Hertlein
Stadträtin Oppermann
Stadtrat Rehlich
Stadträtin Dr. Sewering-Wollanek
Stadträtin Schulze-Stampe.
Stadtrat Sprywald
Stadtrat Stürmer.

Es fehlten entschuldigt:

Die Stadtverordneten Böttcher und Daser (SPD), Stompfe und Vaupel (CDU)
Messik (B90/Die Grünen), Dr. Weber (Piraten), Stadträtin Laßmann, Stadtrat Ludwig

Schriftführer: Oberamtsrat Wagner, Stabsstelle Kommunale Gremien

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD, eröffnet die Sitzung um 16:35 Uhr und begrüßt alle Anwesenden. Besonders begrüßt wird der wieder genesene Oberbürgermeister. Oberbürgermeister Vaupel bedankt sich für die zahlreichen guten Wünsche, die er während seines Krankenstandes erhalten hat.
Weiterhin begrüßt wird der neue Stadtverordnete der FDP-Fraktion, Michael Selinka, der am 13. Dezember für den ausgeschiedenen Stadtverordneten Sawalies nachgerückt ist.
Der Stadtverordnetenvorsteher wünscht viel Freude und Erfolg bei der Mandatsausübung und eine gute Zusammenarbeit.

Anschließend gedenkt die Stadtverordnetenversammlung in einer Schweigeminute des verstorbenen ehemaligen Stadtverordneten und ehrenamtlichen Stadtrats Heinz Wehrum, BfM-Fraktion.
Der Stadtverordnetenvorsteher erinnert in einer Ansprache an sein verdienstvolles Wirken zum Wohle der Universitätsstadt Marburg.

Die Stadtverordnete Martina Dirmeier, SPD-Fraktion, hat heute Geburtstag. Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister gratulieren im Namen des gesamten Hauses und überreichen einen Blumenstrauß.

Ebenfalls besonders gewürdigt wird die ausscheidende Referentin des Oberbürgermeisters, Brigitte Bohnke. Sie nimmt heute letztmalig dienstlich an einer Sitzung der Stadtverordnetenversammlung teil und erhält ebenfalls als Zeichen des Dankes und der Anerkennung einen Blumenstrauß.

Die form- und fristgerechte Ladung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung werden festgestellt. Gegen die Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

---

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 29. November 2013 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Änderungswünsche zum Protokoll werden nicht vorgetragen. Somit gilt die Niederschrift in der ausgefertigten Fassung als genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Es wurden keine dringlichen Vorlagen in die Tagesordnung aufgenommen.

Weiterhin zur Tagesordnung:

Der Stadtverordnetenvorsteher gibt weiterhin einen Überblick über die gesamte Tagesordnung, die Veränderungen und die in den Ausschüssen angemeldeten Aussprachen.

Änderungen der Tagesordnung werden nicht beantragt.

Die Tagesordnung wird in der vorgetragenen Fassung genehmigt.

---

zu 4 Fragestunde

---

zu 4.1 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Jan Schalauske (Nr. 01/20.12.2013) Vorlage: VO/2873/2013

Das Studierendenparlament der Philipps-Universität Marburg hat am 20. November 2013 beschlossen, ein Fahrradverleihsystem („Call a bike“) in Kooperation mit der Deutschen Bahn einzurichten, welches über das Semesterticket finanziert wird. Alle Ticketinhaber/innen werden Fahrräder an verschiedenen universitären Standorten nutzen können. Welche Pläne hat der Magistrat, dieses Projekt zu unterstützen und das Radverleihsystem auf die Stadt und alle ihre Bürger/innen auszuweiten?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Derzeit wird das Klimaschutzteilkonzept „Mobilität“ erarbeitet. Bereits vor Fertigstellung des Berichtes wird deutlich, dass die Fahrradmobilität in Marburg in jedem Fall auch durch die Einrichtung eines Radverleihsystems (z.B. an den Bahnhöfen) gestärkt werden sollte. Wir freuen uns deshalb sehr über die Ankündigung des ASTA, ab SS 2014 ein Radverleihsystem mit Hilfe der Bahn („Call a bike“) zu initiieren. Nach unserem Kenntnisstand sollen anfangs 100 Räder, zum WS 2014/2015 sogar bis zu 150 Räder allerdings primär an universitären Standorten im Verleih angeboten werden.

Das System „Call a bike“ ist grundsätzlich für jedermann nach Anmeldung nutzbar. Allerdings haben ASTA und Dt. Bahn Sonderkonditionen vereinbart. Hiernach können Studierende Räder von „Call a bike“ bis zu 1 h kostenlos nutzen.

Für die Initiierung und den Ausbau des Projektes ist seitens der Stadt Marburg denkbar, dass auch an nicht universitären Standorten das Angebot/Stellplätze ermöglicht und ggf. auch die Radzahl erhöht werden sollte. Ob und wenn in welcher Höhe eine Unterstützung des AStA oder der Dt. Bahn notwendig wird, um ein Radverleihsystem zu ermöglichen und auch für die Bürgerinnen und Bürger auszubauen, lässt sich derzeit nicht benennen.

Primär soll die Finanzierung aber aus den Mitteln der Studierendengemeinschaft (z.B. durch das Semesterticket) und/oder der Dt. Bahn erfolgen. Das Projekt ist auch eine sinnvolle Ergänzung zu dem bestehenden Verleihsystem für Elektrofahrräder. Für die Unterstützung des Radverleihsystems haben SPD und Grüne für die 2. Lesung des Haushaltes einen Betrag von 30.00 € angemeldet, um ggf. Hilfe bei der Standortausstattung und Erhöhung der Räderanzahl leisten zu können.

---

zu 4.2 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Matthias Simon
(Nr. 02/20.12.2013)
Vorlage: VO/2874/2013

Beim Neubau der Unibibliothek am Campus Firmanei ist eine sehr große Transparenz des Mittelteils geplant, so dass u.a. die Sichtachse zur Elisabethkirche gegeben ist. Welche besonderen Maßnahmen sollen ergriffen werden, um einen erhöhten Vogelschlag an den Glasscheiben in Nachbarschaft zum ornithologisch wertvollen Alten Botanischen Garten zu verhindern?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Der Bebauungsplan Nr. 2/4 trägt der Problematik „Vogelschlag an verglasten Fassaden“ durch die Aufnahme des Passus „An den Fassaden der neuen Universitätsbibliothek ist Vogelschutzglas zu verwenden“ in den Punkt D (Hinweise und nachrichtliche Übernahme) - Nr. 2 (Artenschutz) Rechnung. Vogelschutzglas besitzt Strukturen, die von Menschen nicht oder kaum wahrgenommen werden können, für Vögel aber als Hindernis erkennbar sind.

Im Bauantragsverfahren nimmt die Untere Naturschutzbehörde in ihrer Stellungnahme mit der Forderung „Es ist sicherzustellen, dass der Schutz der geschützten Arten (z.B. Singvögel) ... gewährleistet ist.“ auf die angesprochene Thematik Bezug.

„Nach Auskunft des Hessischen Baumanagements soll der Auflage in der Baugenehmigung bezüglich Vogelschutz Rechnung getragen werden. Detaillierte Angaben zu den entsprechenden Maßnahmen bzw. Materialien sind von Seiten des HBM derzeit noch nicht möglich, da diese erst im Laufe der ab 2014 vorgesehenen Ausführungsplanung festgelegt werden."

---

zu 4.3 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 03/20.12.2013) Vorlage: VO/2875/2013

Welche Windenergiemessungen wurden an welchen Standorten mit welchen (Zwischen-) Ergebnissen auf dem Gebiet der Stadt Marburg in welchem Auftrag durchgeführt?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Zur Ermittlung der auf den Lahnbergen herrschenden Windhäufigkeit wurde in Kooperation zwischen Stadtwerke Marburg und Stadt Marburg eine Vereinbarung zu deren messtechnischer Ermittlung getroffen.
Die Stadtwerke Marburg GmbH hat dazu ein akkreditiertes Unternehmen mit der Durchführung einer Windmesskampagne auf den Lahnbergen beauftragt.

Zu diesem Zweck wurde am „Lichter Küppel" ein Windmessmast mit einer Höhe von 99,90m aufgestellt. Der Windmessmast soll, ab Beginn der Windmessungen am 07.06.2013, mindestens 12 Monate dort verbleiben. Zum Ende der Messkampagne wird er komplett, inkl. der Fundamente, zurück gebaut.
Am Windmessmast werden die Windgeschwindigkeiten, die Windrichtungen und die Luftzustände ermittelt und dokumentiert. Alle Messungen werden auf Höhen von 50m und 99m durchgeführt.
Parallel zum Windmessmast wird am „Lichter Küppel" eine lasergestützte Windmessung durchgeführt [LiDar-Messung]. Mit dieser LiDar-Messung werden die Windgeschwindigkeiten und Richtungen in Höhen bis 140m über Grund durchgeführt. Das LiDar-System wurde mittels einer örtlichen Parallelmessung am Windmessmast auf diesen kalibriert.

Bisher wurde das LiDar-System an drei Standorten der Lahnberge eingesetzt.

I. Lichter Küppel am Standort des Windmessmasts
II. Lichter Küppel, südlich des Windmessmasts
III. Bürgelner Gleiche (augenblicklicher Standort)

Die Messphasen an den LiDar-Standorten wurden in Abhängigkeit des aktuellen Winddargebotes und der daraus gewonnenen Messdaten abgestimmt.

Die bisher durch die Windmessungen ermittelten, jedoch noch nicht plausibilisierten und abgeglichenen, mittleren Windgeschwindigkeiten liegen im Mittel bei ca. 5,7 m/s in 120m Höhe, sowie ca. 6,1 m/s in 140m Höhe.

Diese Windgeschwindigkeitswerte beinhalten jedoch noch Unsicherheiten, die sich erst zum Ende der Windmesskampagne mindern lassen werden.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, wird ebenfalls durch Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 4.4 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 04/20.12.2013) Vorlage: VO/2876/2013

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, wann die geplante Behindertentoilette/Lehrertoilette in der Adolf-Reichwein-Schule fertig gestellt wird, nachdem bereits die alten Toiletten abgerissen wurden?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

In Abstimmung mit der Schulleitung wurde festgelegt, dass die Maßnahme in den Herbstferien 2013 begonnen werden soll, um einen Teil der lärm- und staubintensiven Arbeiten möglichst außerhalb der Unterrichtszeit stattfinden zu lassen. Andere Arbeiten können auch während der Unterrichtszeit erfolgen. Mit der Fertigstellung der Anlage ist für Februar 2014 zu rechnen.

---

zu 4.5 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Dominic Dehmel (Nr. 05/20.12.2013) Vorlage: VO/2877/2013

Kann der Magistrat Auskunft darüber geben, ob beim Messeplatz Fahrradabstellplätze geplant sind oder sogar aufgestellt werden können?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Es gibt derzeit keine noch konkreten Planungen, in dem Bereich des Messeplatzes Fahrradständer aufzustellen.

Es ist jedoch vorgesehen, dass die Fachdienste Straßenverkehr und Tiefbau gemeinsam mit dem Radverkehrsbeirat prüfen, ob es am Messeplatz einen Bedarf für Fahrradständer im öffentlichen Verkehrsraum gibt und wie dieser ggf. gedeckt werden kann.

Eine abschließende Beantwortung erfolgt nach dieser Prüfung.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Weidemann, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

---

zu 4.6 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 06/20.12.2013) Vorlage: VO/2878/2013

Kann der Magistrat bitte Auskunft darüber erteilen, nach welchen Kriterien am 4.12. 2013 zum runden Tisch Wohnen eingeladen wurde und kann die Einladungsliste mitgeteilt werden?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Der „Runde Tisch - Preiswerter Wohnraum“ wird von der Sozialplanung im Fachbereich Arbeit, Soziales & Wohnen, Fachdienst 50 -Soziale Leistungen-, organisiert.

Der Verteiler für den Versand der Einladungen wurde im Januar 2013 in Vorbereitung der ersten Sitzung vom 25.02.2013 erstellt. Aufgenommen wurden alle Institutionen und Akteure, die in der Stadt Marburg mit den Themen „Wohnen“ und „Wohnen im Niedrigpreissegment“ befasst sind. Hierzu gehören die Gemeinwesenprojekte, Beratungsstellen, Vertreterinnen und Vertreter von Wohnungsbausgesellschaften und aus der Immobilienbranche. Darüber hinaus werden alle Fraktionen eingeladen sowie Vertreterinnen und Vertreter aus Stadt- und Kreisverwaltung.

Die Liste der Prozessbeteiligten ist seit Januar 2013 online über den Link der Sozialplanung einsehbar: <http://www.marburg.de/de/120240> .

zu 4.7 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Tanja Bauder-Wöhr (Nr. 07/20.12.2013) Vorlage: VO/2879/2013

Kann der Magistrat bitte Auskunft erteilen, nach welchen Kriterien die jeweiligen Sportvereinen zu ihren Hallenbelegungszeiten für die Wintermonate gelangten, wurde dabei Kinder- und Jugendsport gesondert beachtet?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Die Bedarfe der unterschiedlich sporttreibenden Vereine werden beim Fachdienst Sport gemeldet. Bei der Vergabe der Hallenzeiten wird, entsprechend des Magistratsbeschlusses, auf eine sportartenspezifische Hallenvergabe geachtet.

Dem Kinder- und Jugendsport kommt bei der Vergabe besondere Beachtung zu. Durch o. g. Vergabeweise und auch durch eine Ausweitung der Kunstrasenflächen kommt es in den Wintermonaten zu keinen Hallenengpässen.

Eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Schaffner, CDU-Fraktion, und eine Zusatzfrage der Stadtverordneten Bauder-Wöhr, Fraktion Marburger Linke, werden ebenfalls von Oberbürgermeister Vaupel beantwortet.

---

zu 4.8 Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anni Röhrkohl (Nr. 08/20.12.2013) Vorlage: VO/2880/2013

Der Magistrat möge mitteilen, ob die Elisabethkirchengemeinde für den Erhalt der täglichen Öffnungszeiten in 2014 mit Zuwendungen von MTM, der Sparkasse, dem Denkmalamt und anderen Stellen rechnen kann und ggfs. in welcher Höhe diese liegen.

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Elisabethkirche und der evangelische Stadtkirchenkreis können aus eigenen Mitteln die täglichen Öffnungszeiten der Elisabethkirche nicht gewährleisten. Die Stadt Marburg hat deshalb 2013 aus HH-Mitteln einen Zuschuss in Höhe von 12.000 Euro gewährt.

Für das Jahr 2014 hat die Landeskirche einen Zuschuss in Höhe von 30.000 Euro in Aussicht gestellt. Einen Betrag in dieser Höhe wird die Kirchengemeinde auch in den nächsten Jahren benötigen.

In Verhandlungen mit der Landeskirche möchte die Kirchengemeinde eine regelhafte Unterstützung erreichen. Ein Zuschuss der Stadt Marburg wird trotzdem nötig sein. Die Gespräche darüber werden Anfang 2014 aufgenommen.

---

zu 4.9 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Mathias Range (Nr. 09/20.12.2013) Vorlage: VO/2881/2013

Der Magistrat möge Auskunft geben, warum die Straßenreinigung bei den innerstädtischen Baustellen (z.B. Stadthalle und Campus) gar nicht bzw. nur unzureichend erfolgt und in diesem Zusammenhang darauf eingehen, in welchen zeitlichen Intervallen die Reinigung erfolgt und wie die Stadtverwaltung sicherstellt, dass die Verunreinigungen durch Baustellen und Baustellenfahrzeuge von dem/der für die Baumaßnahme Verantwortlichen unverzüglich beseitigt werden und in diesem Zusammenhang darauf eingehen, ob die Stadtverwaltung von der Möglichkeit, ein Bußgeld gegen den Verantwortlichen zu verhängen, bereits schon Gebrauch gemacht hat?

Es antwortet Oberbürgermeister Vaupel.

Über verschmutzte Straßen in der Nähe von innerstädtischen Baustellen (z. B. Stadthalle und Campus) hat es in den vergangenen Wochen nur sehr wenige Beschwerden gegeben. Die Reinigung der Straßen erfolgt bei Baustellen grundsätzlich nach Bedarf. Regelmäßige Reinigungen erfolgen bei schlechtem Wetter und starker Verschmutzung der Straßen.
Die an der Baustelle Stadthalle angrenzenden Straßen wurden bei der Abfuhr von Erdaushub 2-mal täglich komplett gereinigt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Straßen in unmittelbarere Nähe von Baustellen zeitweise - insbesondere bei nasser Witterung - verschmutzt sind. Die verantwortlichen Baufirmen haben jedoch immer auf Hinweise aus der Bevölkerung bzw. nach Aufforderung des Fachdienstes Ordnung reagiert und für eine zeitnahe, adäquate Straßenreinigung gesorgt. Aus diesem Grund konnte bisher auf Ordnungswidrigkeitsverfahren verzichtet werden.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Range, CDU-Fraktion, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu 4.10 Kleine Anfrage des Stadtverordneten Mathias Range (Nr. 10/20.12.2013) Vorlage: VO/2882/2013

Wie viele Parkplätze muss die Stadt im Rahmen der Stadthallensanierung neu schaffen, um der geltenden Stellplatzsatzung zu entsprechen?

Es antwortet Bürgermeister Dr. Kahle.

Durch den Umbau und Erweiterung der Stadthalle entstand ein Mehrbedarf von 56 Stellplätzen. 4 Stellplätze konnten zusätzlich auf dem Grundstück nachgewiesen werden.
Für die fehlenden 52 Stellplätze wurde eine Abweichung von § 1 Abs. 1 der Marburger Stellplatzsatzung erteilt. Die Abweichung konnte erteilt werden, weil

1. davon auszugehen ist, dass nur in einer untergeordneten Zahl von Veranstaltungen der Fall gegeben ist, dass alle Veranstaltungsräume mit voller Kapazität genutzt werden. Das Piscator-Haus wird bereits seit 1969 am bisherigen Standort betrieben, ohne dass die Erreichbarkeitsfrage die Funktionsfähigkeit beeinträchtigt hat.

2. In einer Umgebung von bis zu 500 m stehen Parkhäuser mit folgender Kapazität zur Verfügung:

   - **Parkhaus Oberstadt - 240 Stellplätze**
   - **Tiefgarage Lahncenter - 168 Stellplätze**
   - **Parkhaus Erlenringcenter - 409 Stellplätze**
   - **Parkhaus Marktdreieck - 280 Stellplätze**

3. Die zusätzlichen Veranstaltungen im Erwin-Piscator-Haus richten sich neben der Marburger Öffentlichkeit insgesamt sehr stark an ein Publikum, das dem Spektrum der Universität zuzuordnen ist. Eine Untersuchung des Fachbereiches Geographie der Philipps-Universität Marburg hatte zum Ergebnis, dass wegen des Semestertickets und wegen des spezifischen Verkehrsverhaltens die Studierenden bezogen auf alle universitären Wege nur 5,4 % der Wege mit dem Auto zurücklegen. Auf Grund der sehr zentralen Lage des Piscator-Hauses ist davon auszugehen, dass der Weg zum Piscator-Haus bei Veranstaltungen in einer ganz überwiegenden Zahl der Fälle zu Fuß, mit dem Bus oder mit dem Fahrrad zurückgelegt wird.

4. Für MTM gibt es am derzeitigen Standort keinen einzigen Stellplatz. Für Busgruppen werden 2 Busstellplätze in der Savignystraße bereitgestellt. Das Abstellen von Bussen über einen größeren Zeitraum wird an dieser Stelle nicht möglich sein.

Vielmehr können die Busse am Parkplatz in der Leopold-Lucas-Straße und auf dem Messegelände über einen längeren Zeitraum parken. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass für das Bringen und Abholen touristischer Gruppen in der Savginystraße immer genügend Haltemöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ein kurzzeitiges Parken im Bereich der Biegenstraße oder im Bereich der Uferstraße ist unter Beachtung der dortigen Regelungen für Touristen, die mit dem Fahrzeug in die Stadt kommen möglich. Im tatsächlichen Verlauf wird aber auch für Touristen die mit dem Auto nach Marburg kommen in der Regel ein Parkplatz in der Peripherie oder in den bestehenden Parkhäusern genutzt werden.

Zwei Zusatzfragen des Stadtverordneten Range, CDU-Fraktion, werden ebenfalls von Bürgermeister Dr. Kahle beantwortet.

---

zu 5 Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2014 - 2. Lesung und Beschlussfassung -
Vorlage: VO/2856/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz, CDU-Fraktion. Der Haupt- und Finanzausschuss hat den Haushalt 2014 ausführlich beraten und empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich die Beschlussfassung.

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert das Haus über die zur Verfügung stehenden Redezeiten, die im Ältestenrat vereinbart worden sind.
Die Zeiten orientieren sich an der jeweils praktizierten Regelung in den vergangenen Jahren:

SPD-Fraktion:	**48 Minuten**
CDU-Fraktion:	**36 Minuten**
Bündnis 90/Die Grünen:	**35 Minuten**
Marburger Linke:	**21 Minuten**
FDP-Fraktion:	**18 Minuten**
MBL-Fraktion:	**18 Minuten**
BfM:	**17 Minuten**
Piraten (entschuldigt)	**17 Minuten**

Weiterhin weist der Stadtverordnetenvorsteher auf die allen Stadtverordneten vorliegenden **Tischvorlagen** hin.

Dies sind im Einzelnen:

1. **Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge**
2. **Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge**
3. **Investitionsprogramm 2013 - 2017**
4. **Gesamtvorlage zum Haushalt, Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2014 - 2. Lesung und Beschlussfassung – VO/2856/2013**

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Aussprache.

Im Rahmen der Haushaltsdebatte sprechen die Stadtverordneten Rink (SPD), Pfalz (CDU), Göttling (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke), Schartner (FDP), Suntheim-Pichler (BfM). Der Stadtverordnete Dr. Uchtmann (MBL) verzichtet auf seinen Wortbeitrag. Weiter sprechen die Stadtverordneten Severin (SPD), Brunnet (CDU), Volz (Bündnis 90/Die Grünen), Schalauske (Marburger Linke), Schartner (FDP), Becker (MBL), Hussein (SPD), Range (CDU), Dr. Perabo (Bündnis 90/Die Grünen), Becker (MBL), Weidemann (SPD), Stötzel (CDU), Pfalz (CDU) und Rink (SPD).
Für den Magistrat spricht der Kämmerer Oberbürgermeister Vaupel.

Sitzungsleitung während der Aussprache: 18.oo – 18.25 Uhr Heck (CDU), 18.25 Uhr – 19.36 Löwer(SPD), anschließend bis 19.46 Uhr Wölk (SPD) und ab 19.46 Uhr Löwer (SPD).

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft nach Abschluss der Haushaltsdebatte die verschiedenen Listen zur Abstimmung auf.

<u>Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Ablehnung empfohlenen Anträge zum Haushalt 2014</u>

Der Stadtverordnetenvorsteher ruft die vom Haupt- und Finanzausschuss abgelehnten Anträge auf und erläutert das über die Änderungsanträge der Fraktionen jeweils separat abgestimmt wird und zwar in der Reihenfolge, wie die Fraktionen in der Liste aufgeführt sind.

<u>1. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der CDU-Fraktion</u>

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen der CDU und Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und BfM und bei Enthaltung von FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge der CDU-Fraktion werden abgelehnt.

2. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der Fraktion Marburger Linke

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von Marburger Linken und Nein-Stimmen aller anderen Stadtverordneten folgenden Beschluss:

Die Anträge der Fraktion Marburger Linke werden abgelehnt.

3. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der BfM

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von BfM, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken sowie bei Enthaltung von CDU, FDP und MBL folgenden Beschluss:

Die Anträge der BfM werden abgelehnt.

4. Abstimmung über die zur Ablehnung empfohlenen Anträge der FDP-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von FDP, Nein-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Marburger Linken und bei Enthaltungen von CDU, MBL und BfM folgenden Beschluss:

Die Anträge der FDP werden abgelehnt.

Liste der im Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge zum Haushalt 2014

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen, Nein-Stimmen von CDU, FDP, MBL und BfM und bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke folgenden Beschluss:

Die vom Haupt- und Finanzausschuss zur Annahme empfohlenen Anträge zur 2. Lesung des Haushalts 2014 werden angenommen.

Gesamtvorlage zum Haushalt, Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2013 bis 2017, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2014

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass über die Ziffern I bis III der ausliegenden Vorlage einzeln abgestimmt wird **unter Berücksichtigung der zuvor durchgeführten Abstimmungen.**

Zu I

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und BfM sowie Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL und FDP folgenden Beschluss:

I. gemäß § 101 Abs. 3 der Hess. Gemeindeordnung wird das vorgelegte Investitionsprogramm der Stadt Marburg für den Planungszeitraum 2013 bis 2017 mit einem Volumen von 171.887.000 € beschlossen.

Zu II

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, BfM, MBL und FDP sowie bei Enthaltung der CDU folgenden Beschluss:

II. der Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für die allgemeine Verwaltung wird auf 102,047 Beamten- und 781,684 Beschäftigtenstellen nach TVöD festgesetzt.

Zu III

Die Stadtverordnetenversammlung fasst mit Ja-Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen und BfM sowie Nein-Stimmen von CDU, Marburger Linken, MBL und FDP folgenden Beschluss:

III. aufgrund der §§ 94 ff. HGO wird die beigefügte Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg beschlossen.

Die Haushaltssatzung 2014 liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

---

zu 6 Besetzung des Schiedsamtes Marburg II (Kernstadt östlich/links der Lahn) - Wahl einer stellv. Schiedsperson
Vorlage: VO/2815/2013

Für den Wahlvorbereitungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Schalauske (Marburger Linke).
Der Wahlvorbereitungsausschuss hat die Vorlage in seiner heutigen Sitzung beraten.

Wie in der Vorlage enthalten, schlägt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor,

Frau Ursula Rath, wohnhaft Heinrich-Heine-Straße 7a, 35037 Marburg, zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Marburg II (Kernstadt östlich / links der Lahn) wieder zu wählen.

Weitere Wahlvorschläge wurden nicht vorgetragen. Eine geheime Abstimmung wurde nicht beantragt.

Der Wahlvorbereitungsausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung einstimmig die Zustimmung zu dieser Wiederwahl.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig und damit mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Stadtverordnetenversammlung folgenden Beschluss:

Frau Ursula Rath, wohnhaft Heinrich-Heine-Straße 7a, 35037 Marburg, wird zur stellvertretenden Schiedsperson für den Schiedsamtbezirk Marburg II (Kernstadt östlich / links der Lahn) wiedergewählt.

---

zu 7 Jahresrechnung der Stadt Marburg für das Haushaltsjahr 2010
Vorlage: VO/2846/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage bis zur Januarsitzung 2014 zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum Januar 2014

---

zu 8 Gesamtabschluss 2010
Vorlage: VO/2849/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage bis zur Januarsitzung 2014 zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum Januar 2014

---

zu 9 Feststellung des Jahresabschlusses 2012 der Stiftung St. Jakob
Vorlage: VO/2578/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordneten-versammlung bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Enthaltung der Fraktion Marburger Linke mit den übrigen Stimmen des Hauses folgenden Beschluss:

1. **Der Jahresabschluss der Stiftung St. Jakob für das Geschäftsjahr 2012 wird mit einer Bilanzsumme i.H.v. 8.613.211,83 EUR festgestellt. Der Jahresüberschuss i.H.v. 126.901,94 EUR wird in die Ergebnisrücklage eingestellt.**

2. **Der Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2012 der Stiftung St. Jakob durch das Prüfungsamt der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.**

---

zu 10 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg;
Teiländerung des Flächennutzungsplans Nr. 21/2 im Stadtteil Haddamshausen, östlich Simmesacker
Vorlage: VO/2783/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu der Vorlage des Magistrats.

Als Protokollnotiz wird festgehalten:
Verschiedene Stadtverordnete führten im Bau- und Planungsausschuss aus, dass in der Vorlage auf Seite 2, oberster Absatz, der Stadtteil Elnhausen als Einzugsgebiet der Grundschule so nicht in der Vorlage stehen bleiben könne, da es sich hier um verschiedene Schulstandorte handele.
Die Stadtverordnete Sell sieht für die SPD-Fraktion das Erfordernis, vor dem Hintergrund des seinerzeit beschlossenen Konzeptes "Innenentwicklung vor Außenentwicklung" nochmals darauf hinzuweisen, dass es notwendig sei, in Kürze die Reflektion des Fachdienstes Stadtplanung zur Entwicklung der Baugebiete und der Stadtteile Marburgs im Ausschuss zu behandeln. Der Bürgermeister sicherte hierzu zu, dass die Vorlage im Februar oder März des Jahres 2014 dem Ausschuss vorgelegt wird.
Darüber hinaus hat die Stadtverordnete Sell den Magistrat gebeten, in den Verhandlungen mit der Vorhabenträgerin dieses Baugebietes anzusprechen, dass die Ausweisung neuen Baulandes vorrangig zum Zwecke der Bereitstellung von Wohnraum für junge Familien (mit Kindern) erfolgt, um die Entwicklung des Stadtteiles und des Grundschulstandortes zu sichern.

Der Bau- und Planungsausschuss, Liegenschaften empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich wird die Änderung des Flächennutzungsplans Nr. 21/2, Stadtteil Haddamshausen, östlich Simmesacker, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

---

zu 11 Bauleitplanung der Stadt Marburg;
Beschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 21/5 im Stadtteil Haddamshausen, östlich Simmesacker
Vorlage: VO/2785/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Plan umgrenzten Bereich im Stadtteil Haddamshausen, wird die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 21/5, östlich Simmesacker, gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

---

zu 12 Bauleitplanung der Universitätsstadt Marburg
Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan 6/14 „Psychiatrische Klinik Ortenberg“ in Marburg
Vorlage: VO/2813/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu der Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Für den im beiliegenden Übersichtsplan gekennzeichneten Bereich wird gemäß § 2 Baugesetzbuch (BauGB) die Aufstellung des Bebauungsplanes 6/14 „Psychiatrische Klinik Ortenberg“ in Marburg beschlossen.
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren nach §13a BauGB ohne Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt.

---

zu 13 Dringlichkeitsanträge

Es wurden keine dringlichen Vorlagen in die Tagesordnung aufgenommen.

---

zu 14 Anträge des Ausländerbeirats

---

zu 14.1 Antrag des Ausländerbeirates Marburg betr. Verbesserung der Personalsituation der Ausländerbehörde Vorlage: VO/2399/2013

Der Stadtverordnetenvorsteher informiert, dass dieser Antrag des Ausländerbeirats mit der Beschlussfassung der Haushaltssatzung seine Erledigung gefunden hat.

Eine Abstimmung erübrigt sich daher.

---

zu 15 Anträge der Fraktionen

---

zu 15.1 Antrag der Piratenpartei betr. Kopfstützen an Behindertensitzen in Marburger Bussen Vorlage: VO/2625/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu dieser wie folgt geänderten Beschlussformulierung:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit an den Marburger Bussen behindertengerechte Sitze mit Kopfstützen eingebaut werden können und mit welchem Aufwand dies umsetzbar ist.

Die Stadtverordnetenversammlung hat den Antrag in der Sitzung am 27. September 2013 an den Behindertenbeirat mit der Bitte um Beratung überwiesen. Der Bericht liegt nun vor.
Der Behindertenbeirat unterstützt den og. Prüfungsauftrag.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, inwieweit an den Marburger Bussen behindertengerechte Sitze mit Kopfstützen eingebaut werden können und mit welchem Aufwand dies umsetzbar ist.

---

zu 15.2 Antrag der CDU-Fraktion betr. Verbesserung des Busangebotes durch Halt auch zwischen Haltestellen
Vorlage: VO/2771/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Überweisung des Antrages an den **Fahrgastbeirat** mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung.

Die antragstellende CDU-Fraktion ist mit der Verweisung einverstanden.

Die Stadtverordnetenversammlung überweist die Vorlage somit an den Fahrgastbeirat mit der Bitte um Beratung und Beschlussfassung.

---

zu 15.3 Antrag der CDU-Fraktion betr. Südbahnhof
Vorlage: VO/2772/2013

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung die Zustimmung zu diesem Antrag.

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Zustimmung zu dieser Vorlage.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Magistrat wird gebeten, Vorbereitungen für eine Modernisierung des Karl-Theodor-Bleek-Platzes am Südbahnhof zu treffen.

---

zu 15.4 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Wiederinbetriebnahme des Grillplatzes "Lichter Küppel"
Vorlage: VO/2780/2013

Für den Umweltausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Volz (Bündnis 90/Die Grünen). Der Umweltausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, die Vorlage zunächst zur Beratung an die Ortsbeiräte Cappel, Moischt, Schröck und Richtsberg zu überweisen.

Für den Bau- und Planungsausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Meyer (SPD). Der Bau- und Planungsausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung ebenfalls die Überweisung des Antrages an die genannten Ortsbeiräte.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Vorlage wird zunächst zur Beratung an die Ortsbeiräte Cappel, Moischt, Schröck und Richtsberg überwiesen und danach wieder aufgerufen.

---

zu 15.5 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Hinweisschild Wohnhäuser Wolfgang Abendroth
Vorlage: VO/2782/2013

Für den Schul- und Kulturausschuss berichtet die Vorsitzende, Stadtverordnete Dinnebier (SPD-Fraktion).

Der Antragstenor wurde im Ausschuss auf folgende Fassung abgeändert:

An den Häusern Wilhelm-Roser-Straße Nr. 53 <u>oder</u> Georg-Voigt-Str.7 <u>wird ein</u> Hinweisschild auf den Rechts- und Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Abendroth angebracht.

In dieser Fassung empfiehlt der Ausschuss die Zustimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst bei Ja-Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Marburger Linken, BfM und FDP sowie Enthaltung von CDU und MBL folgenden Beschluss:

An den Häusern Wilhelm-Roser-Straße Nr. 53 <u>oder</u> Georg-Voigt-Str.7 <u>wird ein</u> Hinweisschild auf den Rechts- und Politikwissenschaftler Prof. Wolfgang Abendroth angebracht.

zu 15.6 Antrag der Fraktion Marburger Linke betr. Keine Rüstungsforschung an der Philipps-Universität Marburg
Vorlage: VO/2824/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage bis zur Januarsitzung 2014 zurückgestellt.

Auch die Stadtverordnetenversammlung stellt die Vorlage zurück bis zum Januar 2014

---

zu 16 Kenntnisnahmen

---

zu 16.1 Beteiligungsbericht 2013 der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/2840/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Beteiligungsbericht 2013 der Universitätsstadt Marburg wird zur Kenntnis genommen.

zu 16.2 Unterrichtung gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1 GemHVO über verschiedene Mindererträge/-einzahlungen bzw. Mehraufwendungen/-auszahlungen im Haushaltsvollzug 2013
Vorlage: VO/2844/2013

Für den Haupt- und Finanzausschuss berichtet der Vorsitzende Stadtverordneter Pfalz (CDU).

Der Haupt- und Finanzausschuss hat die Vorlage zur Kenntnis genommen.

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

1. **Im Produkt 110800** „Beteiligungen“ werden für das Jahr 2013 bei dem Sachkonten 5612000 „Ausschüttung Stadtwerke“ Mindererträge/-einzahlungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. € erwartet.

2. Im **Produkt 120000** „Sonstige Allgemeine Finanzwirtschaft“ werden für das Jahr 2013 beim Sachkonto 5309100 „Konzessionsabgabe Stadtwerke“ Mindererträge/-einzahlungen in Höhe von 0,5 Mio. € erwartet.

3. Im **Produkt 120020** „Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen“ werden für das Jahr 2013 folgende

   Mehrerträge/-einzahlungen erwartet:

   Sachkonto 5553000 „Gewerbesteuer“ in Höhe von 17,9 Mio. €.

   Sachkonto 5763001 „Verzinsung von Steuernachforderungen Gewerbesteuer“ in Höhe von 3,5 Mio. €.

   Mindererträge/-einzahlungen erwartet:

   Sachkonto 5500100 „Gemeindeanteil an der Einkommensteuer“ in Höhe von 3,2 Mio. €.

   Sachkonto 5504000 „Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer“ in Höhe von 0,3 Mio. €.

4. Im **Produkt 120020** „Steuern, allg. Zuweisungen, allg. Umlagen“ werden für das Jahr 2013 beim Sachkonto 7380100 „Gewerbesteuerumlage“ Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 3,2 Mio. € erwartet.

5. Im **Produkt 332120** „Überwachung ruhender und fließender Verkehr“ werden für das Jahr 2013 beim Sachkonto 5152000 „Erträge aus Verwarnungsgeldern“ Mindererträge/-einzahlungen in Höhe von 3,6 Mio. € erwartet.

6. Im **Produkt 332140** „Straßenreinigung“ werden für das Jahr 2013 beim Sachkonto 6102000 „Dienstleistungen DBM“ Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 0,6 Mio. € erwartet.

7. **Im Produkt 515720** „Hilfe für junge Menschen und deren Familie“ werden für das Jahr 2013 bei verschiedenen Sachkonten insgesamt Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von 0,3 Mio. € erwartet.

8. Im **Produkt 665010** „Planen, Bauen und Unterhaltung von stadteigenen Bauten einschließlich Haustechnik und Energie“ werden für das Jahr 2013 bei den Sachkonten für die Bauunterhaltung Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von rd. 0,9 Mio. € erwartet.

9. Im **Sonderbudget „Personal**“ werden für das Jahr 2013 Mehraufwendungen/-auszahlungen in Höhe von rd. 0,3 Mio. € erwartet.

10. Dem Haupt- und Finanzausschuss werden die erforderlichen Beschlüsse im Rahmen der Budgetierungsrichtlinien zur Entscheidung vorgelegt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung **21.21 Uhr.**

Wie vereinbart lädt der Stadtverordnetenvorsteher zu einem gemeinsamen Ausklang bei Imbiss und Getränken auf der Galerie des Sitzungssaales ein.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Rink
Vorsitzender
der SPD-Fraktion

Stötzel
Vorsitzender
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle

<u>Anlagen</u>

Haushaltssatzung 2014

Haushaltssatzung der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2014

Aufgrund der §§ 94 ff. der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 07. März 2005 (GVBl. 2005 I S. 142 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Mai 2013 (GVBl. 2013 I S. 218), hat die Stadtverordnetenversammlung am 20. Dezember 2013 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2014 wird

im Ergebnishaushalt

im ordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	210.063.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	210.053.000 €
mit einem Saldo von	10.000 €
im außerordentlichen Ergebnis	
mit dem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.165.000 €
mit dem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	0 €
mit einem Saldo von	1.065.000 €
mit einem Überschuss von	1.175.000 €

im Finanzhaushalt

mit dem Saldo aus den Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	2.363.935 €
und dem Gesamtbetrag der	
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit auf	11.217.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit auf	43.691.000 €
mit einem Saldo von	- 32.474.000 €
Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	32.474.000 €
Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit auf	6.796.000 €
mit einem Saldo von	25.678.000 €
mit einem Finanzfehlbedarf des Haushaltsjahres von	4.432.065 €

festgesetzt.

§ 2

Der Gesamtbetrag der Kredite, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2014 zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen erforderlich ist, wird auf 32.474.000 € festgesetzt.

Darin sind Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds

Abteilung A	0 €
Abteilung B	1.500.000 €

enthalten.

Der Gesamtbetrag der Kredite aus dem Hessischen Investitionsfonds, über die im Haushaltsjahr Verträge abgeschlossen werden sollen und die in künftigen Haushaltsjahren zur Auszahlung anstehen, wird auf 6.000.000 € festgesetzt.

Diese Investitionskredite verteilen sich wie folgt:

2015	1.000.000 €
2016	1.000.000 €
2017	4.000.000 €

§ 3

Der Gesamtbetrag von Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsjahr 2014 zur Leistung von Auszahlungen in künftigen Jahren für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird auf 30.427.000 € festgesetzt.

§ 4

Der Höchstbetrag der Kassenkredite, die im Haushaltsjahr 2014 zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf 20.000.000 € festgesetzt.

§ 5

Die Steuersätze für die Gemeindesteuern werden für das Haushaltsjahr 2014 wie folgt festgesetzt:

1.	Grundsteuer	a)	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) auf	280 v. H.
		b)	für die Grundstücke (Grundsteuer B) auf	330 v. H.
2.	Gewerbesteuer auf			370 v. H.

§ 6

Es gilt der von der Stadtverordnetenversammlung als Teil des Haushaltsplans beschlossene Stellenplan.

§ 7

Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen

Gemäß § 100 Abs. 1 Satz 2 HGO wird dem Haupt- und Finanzausschuss die Zuständigkeit für die Genehmigung von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in folgenden Fällen übertragen:

Haushaltsteil	Überschreitung des Haushaltsansatzes ab	und/oder absoluter Betrag ab
Ergebnishaushalt/Finanzhaushalt (konsumtiv)	20 %	10.000 €
Finanzhaushalt Investitionen	10 %	100.000 €

Von den genehmigten Haushaltsüberschreitungen ist der Stadtverordnetenversammlung gemäß § 100 Abs. 1 HGO Kenntnis zu geben.

§ 8

Sperren

1. Die Haushaltsmittel des Finanzhaushaltes für Investitionen - Haushaltsansätze, Haushaltsreste und Verpflichtungsermächtigungen - sind in vollem Umfange gesperrt.

   Freigabe erfolgt durch den Magistrat.

   Über die Freigabe des Haushaltsansatzes für die Altlastensanierung (Produkt: 469010, Investitionsnummer: I673.002.9 „Altlastensanierung" entscheidet der Magistrat.

   Übersteigt der Betrag für ein neues Projekt 500.000 €, ist bei Beginn des Projektes die Zustimmung des Haupt- und Finanzausschusses einzuholen.

   Die bisher erteilten Freigaben aus den Vorjahren behalten ihre Gültigkeit.

2. Die Mittel bei Sachkonto 6861110 „Livestream" im Kostenträger 009010 „Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung" sind gesperrt. Die Freigabe erfolgt nach Evaluation des Projektes durch den Haupt- und Finanzausschuss.

§ 9

Besondere Bestimmungen zum Stellenplan

Die Besetzung von neuen bzw. frei werdenden Stellen wird gesperrt. Hiervon ausgenommen sind die Stellen in der Betreuung in den Bereichen „Kindergarten" und „Schulen".

Eine Freigabe erfolgt durch den Haupt- und Finanzausschuss nach Darlegung der Notwendigkeit der (Wieder-) Besetzung.

Die bereits getroffenen Personalentscheidungen behalten ihre Gültigkeit.

Marburg,

Der Magistrat

Egon Vaupel
Oberbürgermeister